

# Banner des Leninismus

Zeitschrift der Linken Kommunisten in Oesterreich und der Tschechoslowakei

1. Jahrgang

Wien—Prag, Mai 1929

Nummer 1

## Ein Schritt nach vorwärts.

Mit der Herausgabe des „Banner des Leninismus“ beginnt ein neuer Abschnitt im Kampfe der Linken Kommunisten in Oesterreich und der Tschechoslowakei. Die erste Etappe der Herausbildung eines kleinen Grundlagers, der inneren Klärung in den eigenen Reihen, ist abgeschlossen. In beiden Ländern bestehen heute bereits festgefügte, linkskommunistische Gruppen. Die Hebel sind geschaffen, die die beginnende Umgruppierung in den kommunistischen Reihen zielbewußt und planmäßig beeinflussen werden, in der Richtung des Marxismus-Leninismus, der heute in der Komintern durch kleinbürgerlich-scheitrevolutionäre Theorien und Methoden verdrängt wird.

Als gemeinsames Organ der oppositionellen Kommunisten in Oesterreich und der Tschechoslowakei geschaffen, ist „Das Banner des Leninismus“ der erste Schritt in der Richtung des unausbleiblichen, brüderlichen Zusammenschlusses aller oppositionellen Kommunisten-Leninisten im nationalen und internationalen Maßstab zum festgefügt linken Flügel der kommunistischen Internationale.

## Zur Frage der internationalen Leninopposition.

G. Gouroff, Moskau.

Unter dem Namen der Opposition werden gewöhnlich zwei in ihrem Wesen unversöhnliche Strömungen verbunden: Die revolutionäre und die opportunistische. Diese beiden Strömungen sind miteinander nur durch ihre feindliche Haltung zum Zentrismus und zum „Regime“ verbunden. Aber diese Verbindung ist eine rein negative. Unser Kampf gegen den Zentrismus hat seinen Ursprung eben in dessen halbopportunist. Kurz, der den vollen Opportunismus deckt, trotz der zeitweiligen scharfen Bewürfnisse mit ihm. Daher kann keine Rede von einem Block der linken und rechten Opposition sein. Dies erfordert keiner Beweise.

Das bedeutet aber nicht, daß unter der Fahne der rechten Opposition ausschließlich hoffnungslos opportunistische Elemente hervortreten. Politische Gruppierungen bilden sich nicht auf einmal. In der ersten Zeit gibt es immer viel Mißverständnisse. Die mit der Partei unzufriedenen Arbeiter geraten oft nicht in die Tür, die sie suchten. Momentan ist es besonders wichtig, diesen Standpunkt gegenüber der Tschechoslowakei zu berückichtigen, wo die kommunistische Partei eine äußerst scharfe Krise durchmacht. Wegen meiner Unkenntnis der tschechischen Sprache habe ich leider nicht die Möglichkeit, das innere Leben der tschechischen Partei zu verfolgen. Aber ich zweifle nicht daran, daß die jetzige, sogenannte rechte Opposition verschiedene Stimmungen und Tendenzen in sich schließt, die sich in der nächsten Zeit differenzieren werden. Die Richtung, in der diese Selbstbestimmung vor sich gehen wird, hängt in hohem Maße von der Aktivität des Leninflügels ab.

Eine solche Beurteilung hat nichts gemein mit dem Standpunkt von Soubarine, der überhaupt jedes Vorhandensein prinzipieller Tendenzen, d. h. Klassentendenzen, innerhalb des Kommunismus leugnet. Rein, das Vorhandensein von rechten, zentristischen und linken Tendenzen ist eine unbestreitbare Tatsache, die durch große Ereignisse im weltgeschichtlichen Maßstabe bewiesen ist.

Diese Tendenzen und ihren unversöhnlichen Kampf zu ignorieren, bedeutet einen leblosen Schematismus und in derselben Zeit eine Deckung der rechten Tendenzen, die

eine direkte Brücke zur Sozialdemokratie sind, im Kommunismus selbst.

Eine klare marxistische Unterscheidung dieser verschiedenen Tendenzen verpflichtet aber gar nicht dazu, diese Tendenzen als endgültig geformte und verknöcherte zu betrachten. Es wird noch genug persönliche Umgruppierungen geben. Die breiten Kreise der zum Kommunismus neigenden Arbeiter haben sich noch gar nicht zu gruppieren begonnen. Entweder sie verbleiben aus Tradition im alten Rahmen, oder verfallen dem Indifferentismus.

Viele Zeichen weisen darauf hin, daß alle Parteien der Komintern an einen kritischen Punkt gelangt sind. Die gegenwärtigen Fraktionen im Kommunismus haben einen nur vorbereitenden Charakter. Sie sind nur Waffen für tiefere Gruppierungen in den kommunistischen Parteien und in der Arbeiterklasse als Ganzes. Das ist auch der Grund, warum, unter anderem, die sofortige aktive Einmischung der leninistischen Opposition in das innere Leben der tschechoslowakischen kommunistischen Partei von kolossaler Bedeutung ist.

Aber auch die linke Opposition selbst ist lange nicht einmütig. Fast in allen Ländern gibt es zwei oder drei Gruppen, die ihre Solidarität mit der linken Opposition in der K. K. P. bekunden. Diese Tatsache ist eine Reaktion gegen das verbrecherische und irrsinnige Regime, an dem seit dem Herbst 1923 in der Komintern festgehalten wird, und das die Aufgabe hat, die internationale Partei des Proletariats in eine Karikatur eines Jesuitenordens zu verwandeln. Alle Krankheiten, die in die Tiefe hineingefagt wurden, kommen jetzt an die Oberfläche. Das wird durch die politische Reaktion in der kapitalistischen Welt, aber auch in der U. S. S. R. gefördert.

Die Tatsache, daß die linke Opposition in einige Gruppen zerfallen ist, ist natürlich nicht erfreulich. Aber die Tatsachen müssen so genommen werden, wie sie sind. Wenn man die Gründe für die Zerspaltung genau versteht, kann man auch Wege für ihre Überwindung finden.

Weder durch theoretische Predigten der Vereinigung, noch durch bloße organisatorische Kombinationen kann die Opposition in sich eine Einheit erreichen. Diese Einheit muß theoretisch und politisch vorbereitet werden. Diese Vorbereitung muß ergeben, welche Gruppen oder Elemente in der Tat auf ge-

meinsamen Boden stehen, und welche sich zur leninistischen Opposition nur aus Mißverständnissen dazurechnen.

Als wichtigstes Kriterium erscheint die Plattform, d. h. muß als solches erscheinen. Dieses Kriterium wird sich um so sicherer gestalten, je mehr jede Gruppe, unabhängig von ihrer momentanen Macht, wirksame, politische Folgerungen aus dem tagtäglichen Kampfe ziehen wird. Ich meine vor allem die nationale Plattform. Denn ohne ununterbrochene Einmischung der Opposition in das Leben des Proletariats und des Landes, würde die Opposition unausweichlich eine unfruchtbare Sekte bleiben. In derselben Zeit ist es aber notwendig, eine internationale Plattform der Opposition auszuarbeiten, die eine Brücke zum zukünftigen Programm der Komintern werden soll. Denn es ist ganz augenscheinlich, daß die neu erstandene Komintern ein neues Programm brauchen wird. Nur die Opposition kann es vorbereiten. Damit muß sofort angefangen werden.

Es ist unbestreitbar, daß die Fragen der Politik der R. R. P., der chinesischen Revolution und des anglo-russischen Komitees die drei grundlegenden Kriterien für die inneren Gruppierungen im Kommunismus, also auch in der Opposition sind. Das bedeutet natürlich nicht, daß wir uns mit richtigen Antworten auf diese drei Fragen begnügen. Das Leben bleibt nicht stehen. Man muß mit dem Leben Schritt halten. Aber ohne eine richtige Antwort auf die drei genannten Fragen kann zurzeit zu keiner anderen Frage eine richtige Stellung genommen werden. So wie man auch ohne richtiges Verständnis der Revolution 1905 weder an die Probleme der Epoche der Reaktion, noch an die der Revolution 1917 herantreten konnte. Wer von den Lehren der chinesischen Revolution, des englischen Streiks und des anglo-russischen Komitees nichts wissen will, der ist unwiderruflich verloren. Die überaus wichtigen Lehren dieser Ereignisse müssen gerade deswegen beherzigt werden, um in allen Fragen des Lebens und Kampfes des Proletariats eine richtige Stellung einzunehmen.

Die Ausarbeitung der internationalen Plattform wird mittels eines internationalen Organes der Opposition, das ins Leben gerufen wird, vor sich gehen. Momentan ist dies die wichtigste Arbeit, und sie ist unausschießbar. Zuerst soll die Zeitschrift einmal im Monat oder zweimal monatlich erscheinen. Ein solches Organ muß bei einer festen, prinzipientreuen und folgerichtigen Redaktion in der ersten Zeit allen Gruppen, die sich zur linken Opposition bekennen oder danach streben, sich mit ihr zu vereinigen, offen stehen. Die Aufgabe dieses Organes wird nicht die Festigung der alten Scheidewände, sondern die Umgruppierung der Kräfte auf einer breiteren Basis sein. Wenn es noch nicht möglich ist, im nationalen Rahmen die Zersplitterung der linken Opposition zu überwinden, so kann man schon jetzt diese Überwindung auf dem internationalen Boden vorbereiten.

Bei einer klaren und deutlichen Linie der Redaktion muß diese Zeitschrift auch eine freie Tribüne haben. Unter anderem muß diese Zeitschrift eine internationale Kontrolle über die Gegensätze der einzelnen nationalen Gruppen der linken Opposition werden. Einer solchen prinzipiellen, aufmerksamen und gewissenhaften Kontrolle wird es möglich sein, die wirklichen Gegensätze von vermeintlichen zu scheiden und die revolutionären Marxisten zu vereinigen, indem man die fremden Elemente ausschleidet.

Wegen der Ziele, die sich die Zeitschrift setzt, mußte sie in den Weltsprachen erscheinen. Das wird aber in der ersten Zeit kaum möglich sein. So müßten die Artikel in der Sprache des Landes gedruckt werden, das sie behandeln, oder in der Sprache, in der sie geschrieben werden. Die wichtigsten Artikel könnten von einer Inhaltsangabe in anderen Sprachen begleitet werden. Endlich könnten die nationalen Organe der Opposition die wichtigsten Artikel in der Uebersetzung bringen.

Einige Genossen sagen und schreiben, daß die russische Opposition zu wenig für die organisatorische Leitung der internationalen Opposition tut. Ich glaube, daß hinter diesem Vorwurf eine gefährliche Tendenz steckt. Wir haben nicht die Absicht, in unserer internationalen Fraktion die Sitten und Methoden der Stalinschen Komintern einzuführen. Die revolutionären Rades jedes Landes müssen sich aus eigenen

Erfahrungen formen und auf eigenen Füßen stehen. Die russische Opposition verfügt — fast muß man sagen: zum Glück — weder über die Werkzeuge der staatlichen Repressalien, noch über finanzielle Hilfsquellen des Staates. Es kann sich nur und ausschließlich um prinzipielle Beeinflussung und um Austausch von Erfahrungen handeln. Bei einer richtigen Leitung der internationalen Fraktion wird die Opposition in jedem Lande natürlich wachsen. Aber jede nationale Sektion der Opposition muß die Quellen für ihren Einfluß und ihre Kraft unten und nicht oben suchen, mitten unter den Arbeitern, in der Gruppierung um die Jugend, in der unermüdblichen, energiegelassen und wahrlich aufopferungsvollen Arbeit.

April, 1929.

## Was beabsichtigen wir in nächster Zeit herauszugeben?

Die Presse hat berichtet, daß Genosse Trotski einen Fond für die Herausgabe von Lenins Werken und wichtigen Parteidokumenten, deren Veröffentlichung in der Sowjetunion vom Stalin-Apparat verboten ist und als ein konterrevolutionäres Verbrechen bestraft wird, gegründet hat. Wir geben hier eine Aufzählung jener Arbeiten, die in erster Reihe veröffentlicht werden. Diese Aufzählung erhebt keinesfalls Anspruch auf Vollkommenheit. Wir hoffen, sie in der nächsten Zeit zu ergänzen.

### 1. Protokolle der Märzberatung von 1917 der Bolschewistischen Partei.

Diese Protokolle sind ein historisches Dokument von unermesslicher Bedeutung. Sie schildern die Position Stalins, Molotows, Rykows und anderer gegenwärtiger Führer am Vorabend der Ankunft Lenins in Rußland. Die Protokolle enthalten eine unveröffentlichte Rede Lenins, gehalten am Tage der Ankunft in der letzten Beratungssitzung. In dieser Rede stellt sich Lenin der Beratung unerbötlich entgegen und droht mit dem Bruch mit ihren Leitern, d. h. mit Stalin, Rykow, Kamenev und den anderen. Alle jene Gründe, die Stalin auf der Märzberatung zur Verteidigung opportunistischer Politik entwickelte, wiederholte er fast wörtlich in den Jahren 1923 bis 1927 in Bezug auf die deutsche Revolution, das Anglo-russische Komitee und die chinesische Revolution.

Daraus wird es klar, welch gewaltiges, theoretisches und politisches Interesse dieses Dokument in der Geschichte unserer russischen Partei darstellt.

### 2. Protokolle der Sitzung des Petrograder Komitees vom 1. November 1917.

Diese Sitzung war der Frage der Koalition mit den Menschewisten und S. R. (Sozialrevolutionäre) gewidmet. In der Sitzung sind Lenin und Trotski aufgetreten. Die Protokolle enthalten das Stenogramm einer programmatischen Rede Lenins und zweier prinzipieller Reden Trotskis. Eben in dieser seiner Rede spricht Lenin von Trotski als dem „besten Bolschewiken“. Dieses Protokoll war gefetzt, wurde aber nachher, auf Verfügung Stalins, aus der Protokollsammlung des Petrograder Komitees vom Jahre 1917 entfernt. Wir verfügen über Korrekturabzüge mit Notizen der Leiter des Zsparst (Institut für Parteigeschichte d. R. R. P.) und hoffen einen photographischen Abdruck dieses bemerkenswerten Dokumentes herzustellen, welches vor der Internationale böswillig verheimlicht wurde.

### 3. Protokolle der Beratung der Militärdelegierten zum achten Parteitag der R. R. P.

Diese Beratung war gewidmet der Behandlung der Grundfragen der Militärpolitik und des Aufbaues der Roten Armee. Die Gegner der Linie Trotskis unterwarfen, unter verhüllter Führung Stalins, die militärische Führung einer scharfen Kritik. Trotski war an der Front. Lenin ist mit einer entschlossenen Verteidigung der Militärpolitik Trotskis aufgetreten. All dies erklärt zur Genüge, weshalb die Protokolle dieser historischen Sitzung sowohl vor der Internationale als auch vor der R. R. P. verheimlicht werden.

### 4. Briefwechsel Lenins mit Trotski

und anderen Militärarbeitern während und nach dem Bürgerkrieg in den Fragen der Wirtschaft usw. Während zufällige und mitunter jeder politischen Bedeutung bare Bettel und Entwürfe Lenins veröffentlicht werden, sind



seine Briefe aus der Epoche des Bürgerkrieges sorgfältig von der Partei verheimlicht worden, da man nach diesen Briefen fehlerlos die Bedeutung und die politische Rolle vieler gegenwärtiger Führer feststellen kann. Die Zahl solcher Briefe ist unübersehbar. Wir hoffen in der nächsten Zeit mehrere hunderte Briefe, Zettel und Telegramme Lenins mit notwendigen Kommentaren veröffentlichen zu können.

5. Lenins Briefe über die nationale Frage, gerichtet gegen die nationale Politik Stalins.

6. Lenins Briefe zu den Fragen des Außenhandelsmonopols, Staatsplanes usw.

Alle diese Briefe sind entweder gegen die Politik Stalins gerichtet, oder aber sie untergraben die Wurzel der von ihm gebildeten Legenden über den Trozismus.

7. Die Reden und Auszüge aus den Reden der Delegierten am 15. Kongress.

die aus den Protokollen durch die Stalin-Zensur nur deshalb ausgeschlossen sind, weil diese Reden der Mehrheit Anhänger eine volle und für Stalin schlagende Bestätigung geben, für die Richtigkeit der Standpunkte der Opposition in den chinesischen und anderen Fragen.

8. Stalins Aufsätze und Reden aus der Zeit 1917–1923, von Stalin seit dem Jahre 1923 verboten. Das sind die Dokumente, die wir in erster Linie herauszugeben beabsichtigen. Sie werden mehrere hundert Seiten umfassen. Und dabei ist dies nur der Anfang. Wir hoffen, von unseren Freunden aus der Sowjetunion ergänzendes Material zu bekommen, worüber wir zur richtigen Zeit noch berichten werden. Die Dokumente werden wir in russischer und in den Weltsprachen veröffentlichen.

## Klassenkräfte und Klassenkämpfe in der russischen Revolution.

Die Ereignisse, die sich im zweiten Jahrzehnt der proletarischen Diktatur in Sowjetrußland abspielen, sind von so großer Bedeutung für die weitere Entwicklung der russischen und daher auch der internationalen Revolution, daß es Pflicht jedes proletarischen Revolutionärs ist, sich darüber Klarheit zu verschaffen, was in Rußland vor sich geht, wo die Ursachen der immer neu auftauchenden Schwierigkeiten liegen. Die nachfolgenden Zeilen sollen — insofern es im Rahmen eines Artikels möglich ist — den Versuch darstellen, über diese Fragen Klarheit zu verschaffen.

### Das Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft.

Es gehört zu den Binsenwahrheiten, daß Rußland ein rückständiges, überwiegend agrarisches Land sei. Dadurch wird aber diese Wahrheit und ihre Tragweite nicht vermindert.

Eben diese Tatsache führte zur Notwendigkeit der praktischen und theoretischen Ausprägung des Bündnisses zwischen revolutionärem Proletariat und breiten Schichten der werktätigen Bauernschaft. Die Verbindung der proletarischen Revolution mit der agrarisch-demokratischen Revolution der Bauernschaft verlieh der russischen Revolution eine außerordentliche Stoßkraft.

Aber dieses Bündnis vermag nicht den objektiven Gegensatz zwischen Proletariat und Bauernschaft aufzuheben.

Solange die Aufgabe der Revolution darin lag, die Expropriation der Expropriateure durchzuführen, den unmittelbaren militärischen Ansturm der Konterrevolution abzuwehren, bewährte sich das politisch-militärische Bündnis glänzend. Es war in ihrer überwiegenden Mehrheit eine aus Bauernsöhnen zusammengesetzte Rote Armee, die alle konterrevolutionären Generale schlug, die bis zu den Toren Warschau die Parolen der sozialistischen Revolution auf ihren Bajonetten trug. Es war die breiteste Schicht der Bauern, die die Rote Armee, die städtische Bevölkerung mit Lebensmitteln faktisch fast ohne Entgelt versorgte. Als aber die Revolution diese erste Aufgabe löste, die unmittelbare Gefahr der Restauration beseitigte, da kündigte die Bauernschaft in der Sprache der Aufstände das Bündnis der vorhergehenden Periode mit dem Proletariat. Das ökonomische Wesen des kleinen Warenproduzenten rebellierte gegen das bürokratisch-zentralistische System des Kriegskommunismus. Es begann die Periode des „Nep“.

Die „Nep“ bedeutete nicht — wie es manche Genossen glauben — einen objektiven Rückzug, wohl aber eine strategische Umstellung der Kräfte und — was das wichtigste ist — eine Konzession an die Bauernschaft, eine Anpassung an das ökonomische

Wesen des Warenproduzenten. Es war auch nicht die Wiederherstellung des Kapitalismus, sondern nur die Anerkennung der Zirkulation — und Distributionsverhältnisse, die der einfachen Warenproduktion eigen sind, d. h. aber Schaffung eines Bodens, auf dem der Kapitalismus elementar emporwachsen kann, ja muß. Die Aufgabe der sozialistischen Revolution bestand darin, sich auf die politische Macht, die ökonomischen Kommandohöhen, stützend, mit den Methoden des Wertgesetzes, die sozialistische Basis zu festigen, die Warenproduktion (d. h. die Landwirtschaft) in der Richtung zum Sozialismus zu transferieren. Dies erforderte in der russischen Wirklichkeit die Industrialisierung des Landes. Erst die Industrialisierung ist imstande, eine feste sozial-ökonomische Basis der Diktatur des Proletariats zu verleihen, indem sie die Kadern des Proletariats vergrößert, indem sie die Mittel zur technischen Umgestaltung des Produktionsprozesses in der Landwirtschaft — und dies ist der einzige Weg der Überwindung des kleinen Warenproduzenten — liefert.

Die Industrialisierung an sich bietet nichts neues, alle fortgeschrittenen Länder haben sie durchgemacht. Es war ein schwieriger, blutiger Weg der Anhäufung von Widersprüchen, der Pauperisierung und Proletarisierung der Bauernschaft und der kleinen Handwerker, der Akkumulation eines größeren Reichtums an einem Pol — immer größerer Armut und Elends am anderen —, kurz, ein Prozeß der Entfaltung des modernen Kapitalismus — Imperialismus. Aber die russische Industrialisierung sollte keine kapitalistische, den Menschen versklavende, sondern eine den Menschen befreiende, sozialistische Industrialisierung sein.

In der Tat: dem Ziele, folglich der Entwicklungsrichtung nach, ist die sozialistische Industrialisierung diametral entgegengesetzt der kapitalistischen. Aber insofern sie sich in einer Klassengesellschaft vollzieht — und Rußland ist heute noch eine Klassengesellschaft —, muß sie sich ebenso wie die kapitalistische in Formen des Klassenkampfes vollziehen. Die sozialistische Industrialisierung ist ein Prozeß des Klassenkampfes.

Die Industrialisierung erfordert Mittel! Wo sind diese, unter den Verhältnissen der Nep, des Ausbleibens der Weltrevolution, zu beschaffen? Das Proletariat liefert dem proletarischen Staat das Mehrprodukt (im Kapitalismus — Mehrwert). Das Proletariat ist also die Quelle der inneren Akkumulation der vorhandenen staatlichen Industrie. Jedoch genügt die innere Akkumulation nicht, um die Industrialisierung zu entfalten, auch bei maximaler Nationalisierung der Produktion, der größten Sparbarkeit usw. Abgesehen vom schwachen Privatkapital bleibt nur noch eine einzige Quelle — die Bauernschaft, und zwar jene Schicht, die ökonomisch selbst zu

akkumulieren imstande ist, d. h. die oberste Schicht der Kulaken und vermögenden Bauern.

So muß die Industrialisierung zum Kampf gegen die Epiken des Dorfes, um die für das Proletariat günstige Verteilung des Nationaleinkommens führen. Die allgemeine Formel des Bündnisses der Arbeiter und Bauern muß konkretisiert und differenziert werden: Bündnis mit der Dorfarmut, Verständigung mit dem Mittelbauer, Kampf gegen den Großbauer (Lenin). Und der Kampf gegen den letzteren muß um so schärfer vor sich gehen, je mehr Mittel für die Industrialisierung erforderlich sind, d. h. je rascher das Tempo der Industrialisierung ist. Allein, dieses Tempo kann nicht willkürlich bestimmt werden. Es ist bedingt nicht nur durch die Notwendigkeit, die Lage der Arbeiterklasse zu heben, die Arbeitslosigkeit aufzufangen und das Emporkommen des Privatkapitalismus auf der Grundlage der Nep und der Differenzierung des Dorfes einzudämmen, sondern auch die Bedürfnisse der ganzen Gesellschaft (darunter auch der Kulaken) zu befriedigen. Aus verschiedenen Gründen sind alle Schichten der russischen Gesellschaft an der Entwicklung der Industrie interessiert. Aber — in verschiedenen Zweigen, im verschiedenen Tempo und aus klassenmäßig verschiedenen Mitteln.

Im Rußland der Nep, im Rußland der Bauern hatte jedoch die Vorstellung von der sozialistischen Industrialisierung, oder allgemeiner, von der sozialistischen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik zur Ausprägung einer, den Klassencharakter der proletarischen Diktatur verwaschenen, alle Illusionen des kleinbürgerlichen Sozialismus erweckenden „Philosophie“ geführt.

Aus der richtigen Marx-Leninischen Theorie vom „Bündnis der Arbeiter und Bauern“ begann sich eine Auffrischung des russischen „Volkstümlichkeit“ zu entwickeln. Zuerst langsam und dann schüchtern, indem man die Bedeutung und die Rolle des Plans in der Sowjetwirtschaft unterschätzt (1923), dann immer offener, indem man dem proletarischen Staat die Parole „Das Gesicht dem Dorfe zu“ gibt (Sinowjew 1925), bis man schließlich die Theorie vom vollendeten Sozialismus in einem einzelnen Lande und die Hypothese von der klassen- und staatslosen Gesellschaft, die eine Rote Armee erhält, zwecks Verteidigung vor den kapitalistischen Nachbarländern (Stalin, XV. Konferenz der WKP. 1926) aufstellte.

Am klarsten kam diese „Philosophie“ bei den offiziellen Theoretikern des russischen Kommunismus, Bucharin, zum Ausdruck. In einem prinzipiellen Artikel gegen Preobraschenski vom Jahre 1925 bezog er:

„Die Lehre vom Arbeiter- und Bauernbündnis ist der wesentlichste originelle Zug des Leninismus“... „Bei Lenin muß die Bauernschaft während der ganzen Dauer der Uebergangsperiode der unvermeidliche Verbündete des Proletariats sein... Bei Lenin folgt daraus, ist damit verbunden, eine eigentümliche Theorie eines „agrarkooperativen“ Sozialismus“. Und schließlich „... zur sozialistischen Produktion auf dem Lande werden wir kommen... durch den Prozeß der Zirkulation und nicht unmittelbar durch den Produktionsprozeß, wir werden dazu kommen durch die Genossenschaft“ (alles von uns hervorgehoben B. P.).

Diese ganze Theorie des „agrarkooperativen Sozialismus“, die am besten erklärt, warum gerade Bucharin zum Vertreter des rechten Flügels sich entwickelte, die aber noch bis auf den heutigen Tag als offizielle Theorie gilt, hat nichts gemeinsames mit dem wahren Leninismus-Markismus.

Unter dem Schutz dieser Theorie, unter dem Lärm des schmutzigen Kampfes gegen den „Trophismus“ ging in Rußland ein elementarer Prozeß der Differenzierung des Dorfes vor sich, der Herausbildung einer zahlenmäßig

relativ geringen (7 bis 8 Prozent der Wirtschaft), aber ökonomisch mächtigen Schicht der Kulaki, die das akkumulierte, was der proletarische Staat zu enteignen versäumte. Es bildete sich ein urwüchsiger Kapitalismus im Dorfe heraus — gierig, strupellos, schniegig, anpassungs- und daher maschinenfähig. Ein Kapitalismus, dessen immanente Gesetze, dessen ökonomische Triebkraft und Struktur im schärfsten Gegensatz zum System der Dekonomie der proletarischen Diktatur mit dem Plan, mit der Industrialisierung, mit dem Außenhandelsmonopol geraten mußte. Ein Kapitalismus, der die Mängel der Industrialisierung, das fährlich zu langsam eingeschlagene Tempo der Industrialisierung und die dadurch entstandene Disproportion in der Wirtschaft (Warenhungrigkeit, Preisschere) dazu so ausnützte, um die politische Führung über eine Schicht des Mittelbauerntums, der Bauernarmut, der Arbeitslosen auf dem flachen Lande, der rückständigen Schichten der Arbeiter zu übernehmen. Zum Kampf gegen die Dekonomie der proletarischen Diktatur, für eine freie Bahn der kapitalistischen Entwicklung, für den Anschluß an den ausländischen Kapitalismus. So formierte sich unter den Verhältnissen der Nep, der ausgebliebenen Weltrevolution, eine sozialökonomische Grundlage des Thermidors, der Konterrevolution. Die Getreidehoheit, die Attentatswille gegen die Vertreter der Sowjetmacht, die Bildung eines rechten Flügels in der WKP, sind die unzweideutigsten Lebenszeichen dieser konterrevolutionären Schicht, die um so gefährlicher für die Entwicklung der proletarischen Revolution ist, als sie einen mächtigen Verbündeten in den entarteten Gliedern des Staats-, Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsapparates erhält. Damit gelangen wir aber zum

### Problem der proletarischen Demokratie.

Das revolutionäre Proletariat Rußlands hat die alte Staatsmaschinerie zerschlagen, den proletarischen Staat errichtet. Dies war aber nur die erste Etappe. Nun sollte die zweite folgen. Die Etappe des Ausbaues der proletarischen Demokratie, so wie sie die Pariser Kommune von 1871 andeutete, wie sie Lenin im „Staat und Revolution“ schilderte und im berühmten Satz vom „jeder Köchin, die zur Leitung des Staates herangezogen werden soll“, formulierte.

Dieser schlichte Leninische Satz bedeutete den Prozeß der Aufhebung des Staates, auf dem Wege der Selbstverwaltung der Klasse. Das setzt aber die Beseitigung des Herrschaftsapparates, als einer selbständigen, mit Monopolfunktionen des Herrschens, Kommandierens, Organisierens usw. ausgerüsteten sozialen Schicht — der Bürokratie im weitesten Sinne des Wortes — voraus.

Die Wählbarkeit der „Staatsbeamten“, ihre periodische Ab- und Ersetzbarkeit, ihre Wiederkehr zur normalen Betätigung im Produktionsprozeß, ihre materielle Gleichstellung der in den Vertrieben Beschäftigten — das war jene Vorstellung vom proletarischen „Staat“, die seit dem „Bürgerkrieg in Frankreich“ allen Marxisten eigen war und die Lenin im oben erwähnten Satz so treffend charakterisierte.

Im rückständigen, kulturlosen Rußland mußte die Verwirklichung dieser proletarischen Demokratie auf ganz besondere Schwierigkeiten stoßen. Das russische Proletariat ist zahlenmäßig relativ gering. Wohl brachte es die Kraft auf, aus seinen besten Söhnen den Staatsapparat auszubauen, den Bürgerkrieg zu organisieren und siegreich zu beenden. Aber da waren seine Kräfte für eine Zeitlang erschöpft. Die Bürokratie zu ersetzen, auszutauschen, d. h. die proletarische Demokratie voll auszubauen — war es nicht imstande. (Fortsetzung Seite 7.)



# Hinter den Kulissen des Stalinschen Regime.

## Brief aus Moskau.

Am. d. Red. Die Auseinandersetzung zwischen den Zentralkomitee (Stalin, Molotow usw.) und den Rechten sind im vollen Gange. Ueber den Inhalt dieses Kampfes ist aus der offiziellen Komintern-Presse nichts Konkretes zu entnehmen. Um so tieferen Einblick über die Fragen und Methoden des Kampfes gibt das bedeutsame Dokument, das wir nachstehend auszugsweise veröffentlichen. Das Dokument, behandelt ein Gespräch Bucharin-Kamenew, das der letztere mündlich aufzeichnete.

Dezember, anfangs Jänner 1928 kam Kamenew bei Batafow einige Male mit Bucharin zusammen, der folgendes über die Vorbereitungen zum VI. Plenum erzählte:

Die Verteilung unserer Kräfte vor dem Plenum war dergestalt eingeteilt, daß ich, während ich in Kischinow (im Kaukasus) die Kur gebrachte, Artikel für die „Pravda“ schrieb, Rykow die Wirtschaftsfragen genau verfolgte und Uglanow, der kriegerisch gestimmt war, die Order hatte, sich ganz ruhig zu verhalten, um Stalin keinen Anlaß zu geben, in die Angelegenheiten der Moskauer Organisation sich hineinzumischen. Uglanow aber hielt nicht an sich, trat auf dem IX. Plenum des Z. K. (Moskauer Komitee) auf, wurde wieder geschlagen, erzählte dabei ziemlich viel über seine vermeintlichen Fehler usw. Ich erfuhr, daß Rykow seine Arbeit über die Kontrollzahlen für das XI. Plenum zum Abschluß brachte. Ich befürchtete, daß Stalin im Politbüro Rykow um den Finger wickeln werde und die ohnedies vielleicht nicht sehr gelungenen Thesen noch verschlechtern würde. Da ich zur Sitzung des Z. K. per Eisenbahn nicht mehr eingetroffen wäre, benützte ich das Flugzeug. In Moskau, wo wir niedergingen, empfing mich die dortige Behörde mit merkwürdigen Reden über die Schädlichkeit des Fliegens für mich usw. Hol sie der Teufel, dachte ich. Wir flogen weiter. In Artemow war wieder eine Notlandung. Kaum trat ich aus der Kabine, überreichte man mir ein versiegeltes Paket, das sich als chiffrierte kategorische Order des Z. K. erwies, meine Flugreise zu unterbrechen, mit Rücksicht auf mein Herz. Ich hatte kaum Zeit zu mir zu kommen, als ich bemerkte, daß die Flieger von den G. P. U.-Agenten bereits weggeführt waren und vor mir stand eine Arbeiterdelegation, die mich um einen Vortrag bat. Auf meine Frage, wann der Zug nach Moskau abgeht, kam die Antwort: Nach 24 Stunden. Und so war ich genötigt, den Vortrag zu halten.

Kamenew: „Ah, also du bist es, der die Resolution über den Kampf gegen die Rechtsabweichung verfaßt hatte?“

Bucharin: „Natürlich war ich es. Ich mußte wohl an die Partei die Erklärung abgeben, daß ich kein Rechter bin. Wir hatten reumütiert: Moskau hatten wir ordentlich hergenommen, wir beschloßen, die Offensive zu beschleunigen; elf Forderungen wurden aufgestellt zwecks Entfernung mehrerer Stalinleute. Als man Stalin diese Forderungen vorwies, erklärte er: „Kein einziger Punkt, den man nicht erfüllen könnte.“ Es wurde eine Kommission eingesetzt (Rykow, Bucharin, Stalin, Molotow, Ordjonidse). Es verging ein Tag, zwei, drei — die Kommission wird von Stalin noch immer nicht einberufen. Das Plenum des Z. K. beginnt. Nach der Beratung des ersten auf der Tagesordnung stehenden Berichtes stellten wir unsere Forderung, die Kommission einzuberufen, und zwar in ultimativer Form. In dieser Kommission schrieb Stalin, er werde es nicht zulassen, daß ein Mensch die Arbeit des ganzen Plenums stören soll, „was ist das für ein Ultimatum, warum sollte Krumin entfernt werden?“ usw. Ich fuhr auf, sagte ihm ziemlich scharf meine Meinung und lief aus dem Zimmer. Draußen traf ich Konstantin, dem ich den schon vorher vorbereiteten Zettel einhändigte, über meinen und Tomisils Rücktritt. Hinter ihm ging Stalin. Konstantin überreichte unsere Rücktrittserklärung. Stalin las sie durch und kehrte in die Sitzung zurück. Rykow erzählte nachher, daß seine Hände zitterten, er war blaß und äußerte den Wunsch, Konfessionen zu machen. Er verlangte das Zurückziehen unserer Rücktrittserklärung. Sie haben sich dort darauf geeinigt, daß Kostrow, Krumin und noch einer ausgeschlossen werden — ich aber kehrte nicht mehr zum Plenum zurück.“

Nach diesem oben beschriebenen Vorgang zeigte Bucharin Kamenew eine von ihm verfaßte 16 Seiten lange Abhandlung, über die wirtschaftliche Lage.

„Das wird ja eine Plattform?“ sagte Kamenew. „Viel leicht, hast denn du nicht schon Plattformen verfaßt?“ Hier mengte sich ins Gespräch Batafow, der erklärte: „Mein wohlgemeinter Rat ist, gegen Stalin nicht aufzutreten, denn hinter ihm steht die Mehrheit (die Mehrheit der Beamten Typus Batafow, oder noch ärgeres). Die Erfahrung lehrt uns, daß ähnliches Auftreten in der Regel schlecht endet.“ (Ein Argument, bemerkenswert durch seinen Zynismus.) Bucharin antwortete darauf: „Das ist gewiß richtig, was soll man aber tun?“ (Armer Bucharin!) Nachdem Bucharin wegging, fragte Kamenew Batafow: „Weshalb gibt er ähnliche Ratschläge, die nur die Entwicklung des Kampfes hindern?“ Batafow sagte, daß er im Ernst der Ansicht sei, daß man gegen Stalin nicht auftreten darf. „Stalin ist der einzige Mensch, dem man noch gehorchen kann.“ (Das sind wahrhaftig Berlen. Die Frage ist also nicht, welcher Weg der richtige sei, sondern, wem man gehorchen soll, um schlechte Folgen zu verhindern.) Bucharin und Rykow seien im Irrtum, wenn sie voraussetzen, daß sie es sind, die anstatt Stalin regieren werden. Regieren werden die Kaganowitsch und den Kaganowitsch gehorchen will ich nicht und werde es nicht! (Falsch, er wird auch dem Kaganowitsch gehorchen.) „Was hast du also nun vor?“ — „Man übertrug mir die Staatsbank und ich werde also dafür sorgen, daß in der Bank stets Geld vorhanden sei.“ — „Nun, und ich will nicht dafür sorgen, daß in die Z. W. B. (Technisch-wirtschaftliche Vereinigung) Gelehrte eintreten, — das ist keine Politik“, sagte Kamenew. Hier schieden sie voneinander. Ende Dezember 1928 formulierten Sinowjew und Kamenew die Lage also: Wir müssen das Steuer ergreifen. Das kann man nur erreichen, wenn man Stalin unterstützt. Also nicht stehen bleiben, auch wenn man ihm den vollen Preis zahlen müßte. (Die Armen, wieviel hatten sie bereits gezahlt, doch bis zum Steuer ist es noch weit.) Einer von ihnen, vermutlich Kamenew, ging zu Ordjonidse. Man sprach viel davon, daß im gegebenen Moment die Politik des Z. K. die richtige sei. Ordjonidse bejahte. Als Kamenew äußerte, daß ihr Verbleiben im Zentralkomitee ihm unverständlich sei, gab Ordjon. zur Antwort: „Es ist noch nicht an der Zeit, man muß den Weg erst ebnen. Die Rechten werden dagegen sein.“ (Nach der Resolution jedoch sind die Rechten der Hauptfeind.) Kamenew sprach noch darüber, daß es gar nicht nötig sei für ihn, eine hohe Stelle zu bekleiden, und daß es am besten wäre, ihm das Lenin-Institut zu unterstellen (das ist ja der Hauptherd Stalins Verfälschung), daß es ihnen gestattet sein soll in der Presse aufzutreten usw. Ordjonidse bejahte immer und versprach die diesbezügliche Frage in der Sitzung des Z. K. vorzubringen. Nach Verlauf von drei Tagen ging Kamenew zu Woroschilow, hielt ihm zwei Stunden lang untertänige Reden, lobte die Politik des Z. K., worauf Woroschilow kein Wort erwiderte (wofür wir ihn loben). Nach weiteren zwei Tagen kam Kalinin zu Sinowjew und blieb 20 Minuten bei ihm. Er teilte mit, daß Trotski deportiert werde. Als Sinowjew nach Details fragte, gab Kalinin zur Antwort, daß die Sache noch nicht entschieden sei, so daß es sich nicht lohnt darüber zu sprechen. Auf die Frage Sinowjews, was in Deutschland vorgeht, sagte Kalinin, er wisse es nicht. „Wir haben mit unseren eigenen Sachen bis über den Kopf zu tun.“ Weiter, und es klang wie eine Antwort auf den Besuch Kamenews bei Woroschilow, sagte Kalinin mündlich folgendes: „Er (Stalin) schwahte von linken Angelegenheiten, doch sehr bald wird er gezwungen sein, meine Politik durchzuführen, und zwar in dreifacher Weise, — deshalb unterstütze ich ihn.“ (Das ist richtig. In seinem ganzen Leben sagte Kalinin nichts, was richtiger und treffender gewesen wäre, und wird es nicht sagen.)

Als die Sinowjew-Anhänger von der Ausweisung Trotskis erfuhren, versammelten sie sich. Batafow bestand darauf, daß man unbedingt dagegen protestieren müsse. Sinowjew sagte, protestieren hätte keinen Zweck, da es keinen „Herrn“ gibt. (An wen also will Sinowjew den vollen Preis auszahlen, wenn es so steht?) Darauf einigte man sich. Tags darauf ging Sinowjew zu der Krupstaja und teilte ihr mit, daß er von Kalinin schon die bevorstehende Ausweisung Trotskis erfuhre. Krupstaja sagte, sie hätte davon ebenfalls gehört. „Was wollen Sie denn mit ihm machen?“ fragte Sinowjew. „Erstens, nicht mit ihm, sondern mit ihm, und zweitens, wenn wir auch protestieren wollen,

wer wird auf uns hören?" Sinowjew erzählte ihr von der Unterredung Kamenev-Ordjonikidze, da sagte Krupskaja von Kamenev, er lamentiere und weine jedem vor, doch trauen könne man ihm nicht.

Sinowjew schrieb zwei Seiten lange Thesen (da Ordjonikidze nicht hilft, nimmt man Zusätze zu Thesen): „Im Lande wächst der Kulak, der Kulak gibt dem Arbeiterstaat kein Getreide, der Kulak schließt und tötet die Selbstkoren (Dorfselbstkoren), die Selbstkoren (die Leiter der Dorfselbstkoren), usw. Die Gruppe Bucharin und seine ganze Richtung fördert den Kulak, daher wird Bucharin nicht unterstützt. Die Politik der Mehrheit des Z. K. (Gruppe Stalin) unterstützen wir nur soweit, als Stalin gegen den Rykman, den Kulak und den Bürokraten kämpft. (Heißt das, daß Sinowjew nicht mehr den vollen Preis bezahlen will?) Kamenev sagte: „Mit Stalin wird man nicht fertig, der Teufel soll sie alle holen. In acht Monaten gebe ich ein Buch über Lenin heraus und da wird man ja sehen.“ Anders Sinowjew, der sagt: „Wir müssen dazusehen, daß man uns nicht vergiftet. Man muß in den Versammlungen auftreten, in der Presse usw. An alle Türen muß man pochen, um die Partei nach links zu zwingen.“ (In der Wirklichkeit hat niemand der Linkspolitiker jemals geschadet, wie eben Sinowjew und Kamenev.) Und Sinowjew wird wirklich gedruckt. Doch haben die Redakteure der „Pravda“ den Mat Woroschilow sich ganz zu eigen gemacht. Sie weigerten sich einen seiner Artikel zu bringen aus dem Grunde, daß darin die Panik vor dem Kulak zum Ausdruck ge-

bracht wird. In der letzten Zeit trat Sinowjew in einer Parteiversammlung auf, im Zentralsosus, im Institut Plechanow u. a. m. aus Anlaß des zehnjährigen Bestandes der Komintern. Nachdem wir das berühmte Dokument — Unterredung Kamenev mit Bucharin — veröffentlicht hatten, wurde Kamenev zu Ordjonikidze gerufen, wo er schriftlich mit einigem Vorbehalt (hm! hm!) die Richtigkeit seiner Notizen bestätigte. Zu Ordjonikidze wurde auch Bucharin gerufen, der seinerseits die Richtigkeit der Notizen bestätigte. Am 30. Jänner 1929 und am 9. Februar kam die vereinigte Sitzung des Politbureaus und des Präsidiums des Z. K. K. zustande. Die Reden erklärten „das Flugblatt“ als ein Intrigue der „Trotzkisten“.

In der vereinigten Sitzung des Politbureau und des Präsidiums des Z. K. K. wurde von Rykow eine 30 Seiten lange Deklaration vorgebracht, in der die wirtschaftliche Lage und das innerparteiliche Regime einer Kritik unterworfen wird. In der Parteikonferenz des Moskauer Gouvernements wurden Rykow, Tomski und Bucharin ganz offen als Rechte bezeichnet. Doch in die Presse kamen alle diese Vorgänge nur teilweise. Das Plenum des Z. K. K. ist auf den 16. April verschoben worden. Die Konferenz auf den 23. April.

Eine Verjüngung Stalin mit der Gruppe Bucharin ist nicht erzielt worden, obwohl diesbezüglich Gerüchte hartnäckig von jemanden verbreitet werden, augenscheinlich zu dem Zwecke, damit die Zellen auf den linken Flügel los schlagen.

Moskau, 20. März 1929.

G. G.

## Terrormassnahmen gegen die Opposition. Hilferuf aus Sowjetrußland.

Moskauer Brief.

Es ist notwendig, eine systematische, keinen Augenblick ruhende

Kampagne für die Besserung der Lage der verbannten und verhafteten Bolschewiki-Leninisten zu führen.

Augenblicklich ist die Zahl der letzteren auf über zweitausend angewachsen.

In den Gefängnissen werden sie unter jeder Kritik gehalten: ohne Licht (die Schutzvorrichtungen an den Fenstern lassen fast kein Licht herein), feuchte Kammern, welche bis an die äußerste Grenze von den Verhafteten überfüllt werden, schlechtes Essen, ausschließlich grobe Verpflegung. Noch schlechter ist es im Tobolsker Zuchthaus (Polit-Isolator). Das Zuchthaus ist daselbst geblieben wie bei Dostojewski („Mertwy Dom“, Das tote Haus). Es sitzen hier nur Bolschewiki-Leninisten, Menschewiki und Sozialrevolutionäre sind entlassen. Militärbewachung ist eingeführt. Die Zellen sind verschlossen, Besuche gibt es nicht.

Die Menschewiki hatten gemeinsamen Tisch, gemeinsame Küche, sie konnten sich frei treffen usw. Das haben unsere Genossen nicht.

Es ist unzweifelhaft, daß die Regierung den Kurs auf die physische Vernichtung der Bolschewiki-Leninisten hält.

Das gegenseitige Verhältnis hat sich zugespitzt. Jeden Augenblick kann man nicht nur Zusammenstöße, Hungerstreiks (welche nicht aufhören), sondern... auch Schüsse erwarten. Fünfzehn Mann des Zuchthauspersonals in Tobolsk haben sich gewelgt, Repressalien gegen die Bolschewiki anzuwenden. Sie wurden durch eine speziell aus Moskau verschriebene Wache abgelöst.

Die Not in den Familien der Verhafteten ist groß, übergroß. Die Familien der Verhafteten und Verbannten, die in Freiheit geblieben sind, leiden bitterste Not und hungern buchstäblich. Wir haben keine

eigene „Rote Hilfe“. Auf Grund dieser Not sind unter den minder Standhaften äußere Abgänge möglich.

Man muß im Ausland Geld sammeln.

Man muß die Erlaubnis erzwingen, eine eigene „Rote Hilfe“ zu haben. Man muß dies, wie auch die Schandtaten, laut in die Welt hineinschreien. Man muß sie an den Schandpfahl nageln, die jetzigen Vertreter der Sowjetmacht und der Parteileitung, die die Verantwortung für diese Untaten tragen. Korrespondenzen aus Tomsk und Swerdlowsk melden, daß ganze Mengen ins Zuchthaus Narjyn gejagt werden, wohin im verstärkten Maße die Oppositionellen aus verschiedenen Verbannungsorten geschickt werden. Unter den Verbannten und Verhafteten — befinden sich Helden der Oktoberrevolution und des Bürgerkrieges mit Orden des Roten Banners (Dreizer (Ist bereits im Hungerstreik gestorben. Ann. b. Red.), Gajewski, Klawtaradze, Zenukidze und viele andere). Unter den im Zuchthaus befindlichen — ist Budu Mdibani, ein alter Bolschewik, der unter allen Regimen im Gefängnis gesessen hat, ehemaliger Vorsitzender des Sowmarkom (Sowjet der Volkskommissare) in Georgien und Handelsvertreter in Paris, 53 Jahre alt.

Moskau, 20. März 1929.

G. G.

**Helfet den eingekerkerten  
und verbannten  
Bolschewiki-Leninisten  
Sammelt für die „Trotzki-Hilfe“:**

Sammelergebnisse in Oesterreich sind zu richten an:  
C. Mayer, 16. Bez., Rypenplatz 5. In der Tschechoslowakei: Hans Müller, Eger, Schöbelgasse 14/L.



Und so mußte sie zwangsläufig im Laufe der zwölf Jahre Revolution eine neue, aus dem Proletariat (aber nicht nur aus ihm) hervorgehende Schicht herausbilden, deren einzige und monopolische soziale Funktion eben das Beherrschen, Kommandieren, Organisieren wurde. Der alte historische Gegensatz zwischen Organisieren und Vollziehen, Befehlen und Gehorchen blieb auch auf der Basis der proletarischen Diktatur innerhalb der proletarischen Klassen beibehalten.

In der ersten Periode des Kampfes, der raschen Handlung, der ständigen Gefahr, konnte dieser Gegensatz nur sehr schwach zur Geltung kommen.

Ja, der Apparat — dies waren die Besten, Tapfersten, Begabtesten, der Sache der Revolution Ergebensten. Anders mußte es werden mit dem Eintritt der Periode des „friedlichen“ Ausbaues. Da rückten alle individuellen Vorzüge allmählich in den Hintergrund. In den Vordergrund traten die sozialen Eigenschaften einer neuen Schicht. Gestützt oftmals auf ihre revolutionäre Vergangenheit, gewöhnt an die seit jeher ausgeübte Funktion des Befehlens und Organisierens, eingefügt in eine starre Hierarchie des proletarischen, zentralistischen Staatsgebäudes, gestellt in relativ günstige materielle Verhältnisse, das heißt in ein vom Proletariat verschiedenes gesellschaftliches Sein, mußten sie auch ein eigenartiges, vom proletarischen verschiedenes Bewußtsein (Klassenbewußtsein) herauskristallisieren. Die Verbundenheit mit dem Proletariat, die Abstammung wurde zu einer geschichtlichen, längst überwundenen Tatsache. So entstand eine neue soziale Schicht (Kaste, Klasse) des Apparates. Wie jede regierende Schicht ist sie an die existierenden, gesellschaftlichen Verhältnisse gebunden, unterliegt dem Gesetz der Tätigkeit, ist konservativ.

Indem sie sich vom Proletariat löst, ein eigenes Klassenbewußtsein herauszukristallisieren beginnt, kann es unter den Verhältnissen der Rep nur ein bürgerliches Bewußtsein sein. Indem sie die Verwaltungsarbeit leistet mit allen Schichten der Bevölkerung in Berührung kommt, mit den bürgerlichen Fachleuten und Intellektuellen arbeitet, unterliegt sie am meisten und am leichtesten dem ideologischen Einfluß der antiproletarischen, das heißt thermidorianischen Elemente, assimiliert ihre Ideologie im eigenen Klassenbewußtsein. Solange die Positionen des Proletariats fest und unerschütterlich sind, dient sie ihm treu und ergeben; bei jeder Gefahr, bei jeder Wendung gerät sie ins Schwanken.

So ging nun im Laufe der letzten Jahre in Rußland ein wechselseitiger Prozeß vor sich: die schwankenden Elemente des Apparates förderten den Kapitalismus im Dorfe, der erstarkende Kapitalismus wirkte zurück auf diese schwankenden Elemente, unterwarf sie immer mehr seinem

Einfluß, förderte den Prozeß der Herausbildung thermidorianischer Elemente im Apparat.

Aus dem Bündnis der Arbeiter und Bauern wurde ein Bündnis eines Teiles des Apparates mit dem Spitzens des Dorfes. So ging und geht in Rußland ein Prozeß der Sammlung von kontre-revolutionären Kräften, sozialen Trägern des Thermidors vor sich. Es erübrigt sich, zu erwähnen, daß die Niederlagen des Proletariats im Auslande, das Erstarken des Kapitalismus zur Beschleunigung dieses Prozesses wesentlich beitrug.

### Das Proletariat in der russischen Revolution.

Die russische Revolution forderte vom Proletariat die größte Anstrengung aller seiner Kräfte. Krieg, Bürgerkrieg, Hunger — das erschöpfte seine Kräfte. Viele hunderttausend bester Proleten opferten der Revolution ihr Leben, viele Hunderttausende verließen die Reihen des Proletariats, um Staats-, Partei-, Gewerkschaftsapparat aufzubauen. Viele Hunderttausende alter erprobter revolutionärer Kämpfer erlangten im Laufe der zwölf Jahre das Alter, wo der Tod natürlich ist, und wo das Leben kein Schlachtfeld mehr sein kann. Der Nachwuchs bestand entweder aus proletarischer Jugend, die zum Teil die revolutionären Klassenkämpfe nur aus der Geschichte kannte, oder aber aus Bauernsöhnen, die mit sich in die Fabrik die kleinbürgerliche Ideologie des Dorfes mitbrachten. Die Kadres des Proletariats haben sich infolge der Revolution qualitativ verschlechtert. Dazu kam noch die Tatsache, daß nach der Periode des Hungers und Entbehrungen mit der Einführung der Rep sich die Lage der Arbeiter langsam aber kontinuierlich besserte. Dies alles führte zur Abstumpfung des Klassenbewußtseins, zur Schwächung des revolutionären Glanz der Massen, zur Schwächung des Widerstandes gegen das Erstarken der Kräfte des Thermidors, zur Einwurzlung der Illusion über den friedlichen nationalen Sozialismus.

Allein, gerade die Zuspitzung der Klassengegensätze mußte den Prozeß der Klärung des Klassenbewußtseins beschleunigen. Der Produktionsprozeß in der Industrie vollzieht seine erzieherische Wirkung. Das letzte Jahr war ein Jahr der wiederaufsteigenden, erstarkenden Aktivität und Widerstandsfähigkeit des Proletariats. Das russische Proletariat befindet immer mächtiger, daß es nicht gewillt ist, seine Revolution aufzugeben, vor dem Thermidor zu kapitulieren.

Die Differenzierung und Herauskristallisierung der sozialen Kräfte kann nicht aufgehalten werden. Und die weitere Entwicklung kann nur in der Richtung der sich immer mehr verschärfenden Massenkämpfe vor sich gehen. Die Avantgarde des internationalen Proletariats muß auf der Hut sein.

B. P.

## Die Klassenkämpfe in Oesterreich und die Rolle der Sozialdemokratie.

### Die wirtschaftliche und politische Vormachtstellung des Finanzkapitals

Die im Gefolge der Festigung des europäischen Kapitalismus einsetzende Konzentration des Kapitals (Vertrustungen, Kartellierungen und Fusionierungen) hat an den Grenzen Oesterreichs nicht Halt gemacht. Wohl sind die Widerstände, die hier der Kapitalismus zu überwinden hat, relativ größer als in den mächtigen Industriestaaten des Westens. Der Zerfall des alten Wirtschaftsgebietes erzwingt grundlegende strukturelle Veränderungen im Gefüge der Industrie. Ganze Industriezweige, die hier ihren Sitz

und im alten Oesterreich-Ungarn eine Monopolstellung besaßen, mußten teilweise oder gänzlich abgebaut werden. Die technische Rückständigkeit des Produktionsapparates bedurfte großer Kapitalinvestitionen, um die Industrie auf den technischen Stand der modernen, benachbarten Produktionszentren zu bringen (Deutschland, Tschechoslowakei). Dieser Prozeß ist in vollem Gange und bildet die Basis der ganzen sozialen und politischen Veränderungen in den letzten Jahren. In demselben Tempo, wie die

Konzentration in der Industrie fortschreitet, entwickelt sich die Rationalisierung, die Steigerung der Arbeitsproduktivität, und vor allem die Intensivierung der Arbeit. Obwohl bedeutende ausländische Kapitalien in den letzten Jahren in der österreichischen Industrie investiert wurden, ist es richtig, von einem gewissen Kapitalmangel der Industrie zu sprechen; dieser Kapitalmangel erschwert den Export, behindert langfristige Kreditgeschäfte. Als Gegengewicht zu diesem Mangel — der sich angesichts der Rückläufigkeit des amerikanischen Kapitals aus Europa nach Amerika künftig noch stärker ausprägen wird — versucht das Industriekapital mit aller Kraft das Lohnniveau der Arbeiterklasse möglichst tief zu halten und sprengt den 8-Stunden-Tag durch die planmäßig entwickelten Ueberstunden-Prämien — und Akkordarbeit.

Angesichts der Unmöglichkeit, die Produktionskapazität der Industrie auf dem Wege des Exports voll auszunützen, verschärft sich im Inlande selbst der Druck der Großindustrie auf Mittel-, Kleinindustrie und Handwerk um den Inlandsmarkt. Die Großbanken, die eigentlichen Herren der Großindustrie, ergänzen die Preispolitik der Kartelle durch eine Kreditpolitik, die planmäßig die Ausmerzungen der schwächeren und kleineren Kapitalgruppen anstrebt.

Die Politik des rationalisierenden Kapitalismus verschärft nicht nur die Klassengegensätze zwischen Kapital und Arbeit, sondern auch die Gegensätze innerhalb der herrschenden Klasse.

In dem Maße, in dem sich der Ausbau der wirtschaftlichen Vormachtstellung des Finanzkapitals in Österreich vollzog und vollzieht, wächst sein Bestreben, die Staatsmacht ausschließlich und reibungslos seinen Interessen nützlich zu machen, nicht nur die Arbeiterklasse nieder, sondern auch die schwächeren Kapitalgruppen von der Vertretung ihrer Interessen mittels der Staatsmacht fernzuhalten. Von diesem Bestreben ausgehend, hat sich das Finanzkapital die Christlich-soziale Partei unterworfen, hat es die Regierung zum Vollstrecker seiner Interessen gemacht. Die Steuer-, Zoll-, Handels- und Sozialpolitik der letzten Jahre trägt den Stempel des Finanzkapitals. Auf diese Weise hat die Großbourgeoisie eine Periode der gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Reaktion in Österreich eingeleitet, hat sie die Massen in eine langsam ansteigende, oftmals widerspruchsvoll verlaufende Abwehrbewegung gedrängt, deren vorläufiger Höhepunkt der 18. Juli war. Der Ausbau außerparlamentarischer Machtmittel, vor allem des Faschismus, war und ist die Antwort der Großbourgeoisie, die immer energischer, immer lauter und immer zielbewußter ihre Diktatur verankert, jederzeit bereit, wenn diese legal, parlamentarisch, behindert wird, den Staatsstreik zu vollziehen.

**Der Kampf innerhalb der herrschenden Klasse und der Funktionswandel der Sozialdemokratie.**

Mittel- und Kleinbürgertum, bedroht durch die Uebermacht des Finanzkapitals, sind gezwungen, sich in diesem Kampf um ihre soziale Existenz eigene politische Organe zu schaffen. In der ersten Periode der „Sanierung“ (1922/23) versuchten sie, eigene Parteien herauszubilden. (Bürgerlich-demokratische, Demokratische Partei usw.) Angesichts der Erfolglosigkeit dieses Versuches beginnen sie seit 1924, ihren Druck auf die Sozialdemokratie zu konzentrieren, um sich die reformistische Arbeiterpartei ebenso zu unterwerfen, wie das Finanzkapital die christlichsoziale.

Diese Tendenz der kämpfenden mittel- und kleinbürgerlichen Schichten, die seit 1924 in hellen Scharen zur sozialdemokratischen Partei strömen, löste bei der reformistischen Bürokratie die tiefste Zufriedenheit aus. Die gehobenen Schichten der Arbeiterklasse, die Kriensarmee der Gewerkschaftsbürokratie, die reformistische Bürokratie im Gemeinde- und zum Teil auch im Staatsapparat, erblickten in diesem Zustrom bürgerlicher Schichten den Hebel zur „Eroberung der Staatsmacht“ auf dem Wege der parlamentarischen Mehrheit. Der Reformismus war sich vollkommen darüber klar, daß diese „Eroberung der Staatsmacht“ nichts anderes darstellen werde, als die Regierungsübernahme, d. h., daß eine solche „Eroberung der Staatsmacht“ die Fundamente der bürgerlichen Gesellschaft nicht erschüttern, ja nicht einmal berühren werde. Es ist grundfalsch, anzunehmen, der Reformismus sei so illusionär und utopisch, daß er wirklich den Sozialismus auf diesem Wege durchführen, zumindest praktisch in Angriff nehmen wollte. Mit der Aufrichtung der bürgerlichen Republik 1918, mit der Organisation des kapitalistischen Wiederaufbaues (seit 1918), schließlich mit der Genfer Sanierung 1922, hat sich der Reformismus grundsätzlich mit beiden Füßen auf den Boden der bürgerlichen Gesellschaft, des Kapitalismus, des bürgerlichen Staates, gestellt. Eine ganz andere Illusion lag dem Bündnis des Reformismus mit den oppositionellen bürgerlichen Schichten zugrunde. Der Reformismus glaubte — und er glaubt es auch heute noch, der „Volksblock“, der unter der politischen Führung der Sozialdemokratie alle Klassen, deren Interessen im Widerspruch zu denen des herrschenden Finanzkapitals stehen, umfaßt, könne auf demokratisch-parlamentarischem Wege dem Finanzkapital die Staatsmacht entwenden und die bürgerliche Gesellschaftsordnung „vernünftig“ machen, d. h. Staat und Gesellschaft nach den Interessen der untergeordneten bürgerlichen Mittelschichten formen. Im Wesen ist diese Auffassung des Reformismus reaktionär, denn sie verleugnet die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten des gesellschaftlichen Prozesses, nach denen der gesellschaftliche Fortschritt nur über den Weg der sozialen Vernichtung dieser Mittelschichten zu gehen vermag. Dem herrschend gewordenen Finanzkapital kann weder mit ökonomischen noch mit politischen Mitteln seine Vormachtstellung im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung entzogen werden. Die Illusion des Reformismus, an der Spitze des „Volksblocks“, innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, die Gesetze des modernen Finanzkapitalismus, seine Monopol Tendenzen, seine räuberische Aggressivität, aufzuheben, abzuschaffen zu können, ist durch und durch kleinbürgerlich-reaktionär.

Die in die sozialdemokratische Partei eingedrungenen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten haben die gesamte Politik der Sozialdemokratie seit 1924 zu bestimmen begonnen. Die besonderen Klasseninteressen der Arbeiterschaft opfernd, konzentrierte sich die Sozialdemokratie darauf, die bürgerlichen oppositionellen Schichten zu vertreten. Dieser Charakter ihrer ganzen Strategie kam in ihrer außerordentlich scharfen Haltung anlässlich des Zusammenbruchs der Spekulationsbanken (1925/26) zum Ausdruck. Sie, die der Durchbrechung des Acht-Stundentages Vorschub leistet (Gemeindebetriebe), ernste Lohnkämpfe um jeden Preis vermeidet, die Arbeitslosenarmee sich selbst überläßt, die Rationalisierung bewußt fördert (unter Verzicht auf Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung), wandte sich 1926 mit äußerster parlamentarischer Energie gegen die Regierung des Finanz-



kapitals (Seipel), die den Zusammenbruch der Spekulationsbanken für die Verstärkung der Vormachtstellung der alten Großbanken benützte. 1926 wurde das Schicksalsjahr für den „Vollsbloed“, der, in der Sozialdemokratie verkörpert, die Regierungsgewalt erstrebte. Damals, in der stürmischen Massenbewegung der breitesten Volksmassen in Stadt und Dorf gegen die Herrschaft und die Regierung des Finanzkapitals, wurde es auch dem Reformismus klar, daß die Macht des herrschenden Finanzkapitals mit parlamentarischen Mitteln nicht zu brechen ist.

Unfähig, anders als parlamentarisch zu kämpfen, mußte die Sozialdemokratie auf eine Auswertung dieser Massenbewegung verzichten. Die Großbourgeoisie frohlockte. Schlag auf Schlag ging sie zur Gegenoffensive über, entfesselte im Dezember 1926 den Sturm gegen die „Breitner-Steuern“, um die oppositionellen, bürgerlichen Schichten zurückzureißen, und als ihr dies nicht gelang, organisierte sie außerparlamentarische Aktionen zur Verankerung ihrer Herrschaft im Staate, die mit dem Arsenal-Ueberfall (März 1927) ihren Anfang und mit dem Blutbad des 15. Juli ihren vorläufigen Höhepunkt gefunden haben.

Je schärfer sich die Klassengegensätze zuspitzen, desto ohnmächtiger wird die Sozialdemokratie. Jetzt, wo das Kapital (nicht nur um der Hausrentenrente willen, sondern um Pfänder für große Anleihen zu besorgen) den Mieterschutz vernichtet, erweist sich die Sozialdemokratie auch als unfähig, die Interessen der Mittelschichten zu vertreten. Denn es ist ein Grundgesetz der gegenwärtigen Etappe des Klassenkampfes, daß die kleinbürgerlichen Schichten in Stadt und Dorf nicht selbständig den Kampf führen können, sondern daß sie ihre eigenen Interessen nur verwirklichen können, wenn sie sich unter die Führung des kämpfenden, revolutionären Proletariates stellen. Zu einer bürgerlichen Arbeiterpartei geworden, verwandelt sich die Macht der Sozialdemokratie in Ohnmacht, in einer Zeit, in der der Liberalismus eine Utopie, die bürgerliche Demokratie aber durch die Klassenkämpfe gesprengt wird und die Geschichte an den beiden Polen der Gesellschaft die Fronten aufrollt: für die offene Diktatur des Finanzkapitals oder für die Diktatur des Proletariats.

### Die zentrale Gegenwartsaufgabe des Kommunismus.

Die objektiven Bedingungen für ein weiteres Wachstum des Reformismus in Österreich werden durch diese Entwicklung außerordentlich eingeschränkt. Die Periode, in der der geschwächte Kapitalismus in Österreich zu Teilzuständen an die Sozialdemokratie, insbesondere auf dem Gebiete der Sozialpolitik, bereit war, ist endgültig vorüber. Wirtschaftlich und politisch in voller Offensive, senkt er das Lebensniveau nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch der Mittelschichten. Vor allem konzentriert sich sein Angriff auf zwei Frontabschnitte, auf die gewerkschaftlichen Positionen des Proletariats, auf den geschlossenen Betrieb, den er durch den Betriebsfaschismus zu sprengen sucht, gegen das Streikrecht der Arbeiter, das durch Einführung des Schlichtungswesens zerschlagen werden soll. Der zweite Frontabschnitt ist der Mieterschutz. Diese Offensive des Kapitalismus ist mit parlamentarisch-demokratischen Mitteln weder aufzuhalten, noch zu dämpfen. Hart und eindeutig ist der Reformismus vor die Ent-

scheidung gestellt: Entweder bedingungslos zu kapitulieren oder auf die Straße zu gehen. Niemand weiß dies besser als die Sozialdemokratie selbst. Sie windet sich, sie dreht sich; aber, entschlossen, um keinen Preis außerparlamentarisch zu kämpfen, muß sie, Zug um Zug, kapitulieren. Sie bietet ihren ganzen Einfluß auf, um den elementaren Widerstand der Arbeiter gegen den Betriebsfaschismus zu brechen (Hüttenberg, Andritz, Graz). Sie organisiert selbst das Schlichtungswesen. (Autoarbeiterstreik — Seitz, Bauarbeiterkampf — Johann Böhm usw.) Sie hat soeben den Kampf für die Verteidigung des Mieterschutzes liquidiert. So gelangt die verbürgerlichte Arbeiterpartei in einen immer schärferen Gegensatz zu den Bestrebungen der arbeitenden Klassen, in einen Gegensatz, der nur ein Spiegel des verschärften Klassengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit ist. Man kann Klassen durch Manöver verwirren. Aber man kann sie nicht dauernd betrügen. In einer Etappe des Kampfes, in der die Interessen des herrschenden Finanzkapitals sichtbar in schärfsten Widerspruch zu denen aller anderen Klassen und Schichten kommen — weniger denn je zuvor.

So wachsen die Bedingungen objektiv für den Kommunismus heran. Nicht „automatisch“. Massen, die betrogen werden, werden nicht von selbst, „zwangsläufig“, bewußt revolutionär. Wenn ihnen eine richtige Führung fehlt, sinken sie in die Passivität direkt oder nach kurzen, spontanen und daher vergeblichen Widerstandsversuchen. An uns selbst liegt es, den Massen den Weg des Kampfes zu weisen. Vor allem: in dem entscheidenden Kampf gegen den Betriebsfaschismus, für den geschlossenen Betrieb. Jetzt heißt es nicht, wie die Führung der Kommunistischen Partei glaubt, „Das Gesicht den Unorganisierten zugewendet“. Jetzt heißt es, in den Gewerkschaften, dort, wo die Arbeiterschaft als Klasse konzentriert ist, wo sie am sinnfälligsten den Gegensatz zwischen ihren Interessen und der bürgerlichen Politik des Reformismus erlebt, die Massen zum Klassenbewußtsein, zum Klassenkampf zu erziehen, zum Kampf, der beginnt mit der Verteidigung des geschlossenen Betriebes, für das Streikrecht, für höhere Löhne, gegen den Faschismus und enden muß mit außerparlamentarischen, revolutionären Massenaktionen gegen das Kapital und seinen Staat.

### Die Krise in der tschechoslowakischen Partei.

Von den Krisen, die gegenwärtig die ganze Komintern erschüttern, ist die der K. P. C. die tiefgehendste und folgenreichste. Die letzte große Partei der Komintern, die relativ stärkste überhaupt, droht in einen Haufen streitender Gruppen zu zerfallen, denen das tschechische, kommunistische Proletariat, einer wie der anderen, Vertrauen und Gefolgschaft ver sagt.

Bis zum roten Tag, der den Bankrott der Parteiführung Jilka-Bohen offenbarte, blieb der innere Verfall der K. P. C. nach außen hin verborgen. Das heißt nicht, daß dieser Verfall erst am roten Tag eintrat. Seit die tschechoslowakische Bourgeoisie ihre inneren Gegensätze, die Spannungen insbesondere zwischen der tschechischen und deutschen Bourgeoisie in der Form des ethnischen Bürgerkriegs überbrückte, erwies sich die Parteiführung als unfähig, die Massen gegen die rasch fortschreitende soziale und politische Reaktion mobil zu machen. Die großen Massen des revolutionären tschechoslowakischen Proletariats erkannten nicht — der Politik, den Lösungen und der Taktik der Parteiführung gebührt der Hauptanteil daran —, daß sich der Charakter des Staates in dem Maße änderte, als es die Interessen der mächtig

auffretenden Industrie erforderte. Die Repräsentanten, die Massarch, die Benesch, Gieben. Sie wurden nun zu Vollstreckern der sozialen und politischen Reaktion, sie, die im Bewusstsein der Massen noch die alten radikalen Demokraten, die Kämpfer gegen den halb feudalen, erzreaktionären Habsburgerstaat, waren.

Die Parteiführung erwies sich als unfähig, die tiefgehenden Umgruppierungsprozesse im tschechoslowakischen Kapitalismus zu erfassen, und den Widerstand der Massen gegen die wirtschaftliche und politische Offensive des Kapitals zu organisieren. Die Unfähigkeit war auf allen Gebieten sichtbar. Verstanden es die von der Partei geführten Gewerkschaften besser die Arbeiter gegen die kapitalistische Rationalisierung in den Kampf zu führen als die Reformisten? Wenn heute die Hais und Genossen, unter dem Beifall des internationalen Rechtes (Brandler, Thalheimer), die „kollektive Leitung“, die das neue, schreckliche BR einsetzte und die für die verbrecherische Leichtigkeit in den letzten Streiks voll und ganz verantwortlich ist, führten, dann darf nicht vergessen werden, daß die Führungen vor der kollektiven Leitung im ZMB, nämlich die Rechten, sich schon längst als unfähig erwiesen haben, aus dem ZMB eine wirkliche Klassenkampf-Gewerkschaft zu machen.

Die gesamte Politik der Jilek-Molen seit 1928, die ganze Politik der KPC in einer Etappe, in der es galt, mit besonderer Fähigkeit in der Partei selbst die tiefstehenden, kleinbürgerlich-demokratischen Illusionen auszumerzen, war eine einzige Kette von zentristischen Phrasen, von Schwanzpolitik und politischer Verwirrung. Die Parteiführung repräsentierte die Partei — nämlich alle ihre negativen Züge, alle ihre Rückständigkeit und ihre mangelnde Reife. Man darf nicht vergessen: Aufgewachsen im Schatten Bohumil Schnerals, umfaßte die KPC wohl große, sehr große Massen des tschechoslowakischen Proletariats, aber es hafteren ihr auch alle Muttermängel der Sozialdemokratie an, vor allem, ihr sprichwörtlich gewordener Opportunismus. Um diese große, amorphe, sozial buntgedrige, politisch heterogene, von kleinbürgerlichen Elementen außerordentlich stark durchsetzte Massenpartei auf das Niveau einer revolutionären, kommunistischen Partei zu heben, hätte es der brüderlichen, planmäßigen Hilfe des CKI bedurft. Einer solchen Partei mußte bereits die Sinowjew-Ära zum Verhängnis werden. Das Stalinische Regime wird für sie zur Katastrophe.

Am roten Tag haben die Massen der Partei geantwortet. Sie machten „passiv“, sie verweigerten der Parteiführung die Gefolgschaft. Die Parteiführung „strafte“ die Massen entsprechend. Sie überließ sie ruhig sich selbst, die wenigen Tausende, die gekommen waren. So wurde die Tragödie zur Farce.

Unter der glorreichen Führung des stalinistischen CKI ist nun eine neue Führer-Garnitur eingesetzt: die marxistischen Memorandisten, die Fried, Guttmann, Reimann, Gottwald, Slansky. Sie haben es glücklich zugebracht, mit ihrem echt stalinistischen, kaisershofmäßigen Kommando-Regime die Partei in ein derartiges Chaos zu treiben, daß der eigentliche Inhalt der Differenzen, die es erst klar herauszuarbeiten gilt, dem Bewusstsein der Arbeiter immer mehr entrückt. Ein großer Teil der Arbeiter, die heute den oppositionellen Führern folgen, demonstrieren damit nicht ihre Übereinstimmung mit deren Auffassungen, sondern sie protestieren auf diese Weise gegen die anmaßenden, selbstherrlichen Kommando-Methoden der „außer-sich-geratenen“ Kleinbürger, die heute die Führung der Partei an sich gerissen haben. Und wieder ein großer Teil der Arbeiter in der Partei, der sich jetzt hinter das BR stellt, will damit keineswegs die Übereinstimmung mit dessen Abenteuerpolitik dokumentieren, sondern seine Furcht vor einer vollen Zerfallung und Atomisierung der Partei.

Daß diese Furcht berechtigt ist, beweisen nicht nur die Niederlagen der Partei (Gemeinderatswahlen) und des J. A. B., sondern vor allem die rasch ansteigende Passivität der Mitgliedschaft.

Die diversen oppositionellen Gruppierungen sind noch in voller Entwicklung. Die offenen Rechten entfalten eine ziemlich Aktivität und versuchen unter der Losung „Ehrlichkeit“, „Parteidemokratie“ ihren Einfluß zu vergrößern. Die Rechten (Eger, Kovanda, Göllich usw.) trachten, einen festen Block mit Hais vom J. A. B. herzustellen. Auf der anderen Seite stehen Jilek, Neurath mit ihrem Anhang vor allem im Parteiapparat, insbesondere im Parlament und Senat, die Hais objektiv unterstützen. So geht die oppositionelle Front, wenn auch die einzelnen Abschnitte organisatorisch noch nicht untereinander verbunden sind, von den Brünner Rechten (Eger, Kovanda), die im Brünner Rathaus mit dem „Linken Block“ zusammenarbeiten und die voll und ganz im Banne des „Masarykismus“ stehen, über Hais, Radvornik, Ehlora (J. A. B.) bis zu den Zentristen um Jilek-Neurath usw.

In der Politik aber bedeuten die Gesetze der Addition sehr wenig. Die Zusammenfassung verschiedener richtiger Kräfte unter Verzicht auf einen prinzipiellen Kampf, ist der Beginn der Diskreditierung eines solchen Blocks vor den Massen, der Beginn der Zersetzung. Gerade diese Prinzipienlosigkeit der Opposition alarmiert bereits die Mitgliedschaft — sie beginnt trotz ihrer Unzufriedenheit mit der Parteiführung, diese aktiv zu unterstützen.

So ist es klar: Kann diese neue Führung die Partei nicht führen, so vermag der prinzipienlose Oppositionsblock, der sich jetzt zu bilden beginnt, die Massen der Partei nicht zum Kampf für die Wiedergeburt der Partei, für ihre Weiterentwicklung zu einer wirklichen, kommunistischen Aktionspartei mobil zu machen. Wer nicht mit aller Schärfe die Wurzeln der falschen Politik der KPC bloßlegt, indem er den kommunistischen Arbeitern offen sagt, daß auf dem Boden des Stalinismus keine andere Möglichkeit als zu einer solchen Politik besteht, der betrügt sich selbst oder er betrügt bewußt die Arbeiter. Der Kampf für die Einheit der Partei, für ihre Weiterentwicklung kann nur geführt werden vom Leninflügel, von den Linken Kommunisten.

In der zweiten Nummer des „B. d. L.“ gelangt zur Veröffentlichung:

Trotsky: „Die deutschen Rechten und die internationale Lenin-Opposition“ (Brief an Souvarine) und „Brief an die amerikanischen Arbeiter“.

## Leset die Presse der Internationalen Leninopposition:

„Fahne des Kommunismus“ (wöchentlich) und „Volksrath“ (vierteljährlich), Berlin SO 36, Walbertsstraße 22; „Contre le Courant“, Paris (15) 8, Boulevard de Raugirard; „Militant“, New York-City, P. O. Box 120, Madison Sq. Sta.; „Proletar“ (ungarisch), New York, Long Island-City, 23-02, Clark-St.; „De Kommunist“ (flämisch), Brüssel-Etterbeek, Graafstraat 64.

Leset den „Mahnruf“, das Wochenorgan der kommunistischen Opposition Oesterreichs (Linke Kommunisten). Zu bestellen: Wien, 18. Bez., Vinzenzgasse 24, Graz, Elisabethinerstraße 20.

**Redaktion und Verwaltung für Oesterreich: Kurt Landau, Wien, XVIII., Vinzenzgasse 24**

**Alle Zuschriften, Anfragen, Materialanforderungen in der Tschechoslowakei sind zu richten an:**  
**Hans Müller, Eger, Schlögelgasse 14**

Eigentümer: Hans Thoma, Wien, 2. Bez., Robaragasse 24. — Herausgeber, Verleger und verantwortl. Redakteur: Kurt Landau, Wien, 18. Bez., Vinzenzgasse 24. (Im Auftrage der Exekutive der kommunistischen Opposition, Linke Kommunisten.) — Verantwortlicher Redakteur für die Tschechoslowakei: Hans Müller, Eger, Schlögelgasse 14. — Druck: „Adria“, Wien, 2. Bez., Taborstraße 52b.